

Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2013



Antworten von Michael Vietz, CDU

1. Kurzfragen zum Thema Arbeit:

- a) Sind Sie für die gesetzliche Regelung des flächendeckenden Mindestlohnes?
(flächendeckender Mindestlohn?)

Ja

Nein

Unentschieden

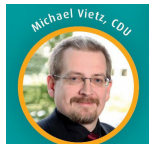
Bemerkung:

Für CDU/CSU gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden. Deshalb haben wir mit den Tarifpartnern Mindestlöhne in zahlreichen Branchen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten geschaffen und wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen.

Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben.

Die Tarifautonomie und damit die Festsetzung der Löhne durch die Tarifpartner ist ein hohes Gut, das auch durch eine noch so wohlmeinende Maßnahme nicht verletzt werden sollte.

- b) Sind Niedriglöhne und prekäre Jobs für Sie ein Alarmzeichen, um sich für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter Arbeit einzusetzen?
(neue Arbeitsmarktordnung?)



Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Deutschland steht bestens da. Wichtig ist dabei, dass auch die Arbeitnehmer auf vier sehr gute Jahre zurückblicken können. Es gibt fast 42 Millionen Männer und Frauen, die Arbeit haben. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat mit knapp 30 Millionen einen absoluten Rekordstand erreicht. Heute sind rund 800 000 Erwachsene und 270 000 Kinder weniger in Bezug von Arbeitslosengeld II als 2007. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit etwas über fünf Prozent die niedrigste in Europa.

Rechtliche Verschlechterungen für die Arbeitnehmer hat es in den vergangenen vier Jahren nicht gegeben. Ganz im Gegenteil: Wo es, insbesondere infolge der Politik von Rot-Grün bis 2005, zu Missständen gekommen ist, haben wir gegengesteuert. Durch Initiativen zur Verhinderung von Lohndumping wie das erfolgreiche Hinwirken auf Angleichungstarifverträge in der Zeitarbeit, aber auch durch den kontinuierlichen Ausbau des Netzes allgemeinverbindlicher Branchenmindestlöhne sind die Rahmenbedingungen für eine gerechte Arbeitswelt in den Jahren der unionsgeführten Bundesregierung deutlich besser geworden.

- c) Sind Sie für die gewerkschaftliche Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit?
(gleiches Geld für gleiche Arbeit?)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein. Wir sehen aber auch in anderen Formen von Arbeitsverhältnissen wie Zeitarbeit und Befristungen die Möglichkeit, berufliche Perspektiven zu schaffen und beispielsweise Auftragsspitzen zu bewältigen. Für Unternehmen und Betriebe bieten sie die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Diese Flexibilität darf aber nicht zum Missbrauch führen.

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen. Wir halten in diesem Zusammenhang auch Werkverträge für ein wichtiges Instrument am Arbeitsmarkt. Gerade deshalb wollen wir aber mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass sie nicht missbraucht werden, um bestehende Arbeitsregeln und Lohnuntergrenzen zu unterlaufen.

- d) Sind Sie bereit, über eine stärkere Besteuerung der Reichen und Vermögenden mehr für Bildung und Ausbildung zu investieren? (Vermögenssteuer?)

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist heute schon der Fall: Die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen tragen über 40 Prozent der Einkommenssteuer, die obersten 25 Prozent mehr als drei Viertel. CDU und CSU lehnen eine Vermögenssteuer ab. Sie wäre Gift für mittelständische Unternehmen, die langfristig denken, planen und handeln müssen. Sie brauchen eine verlässliche Steuerpolitik und keine Steuererhöhungen. Die Steuerpläne von SPD und Grünen sind ein Angriff auf die Substanz unserer Unternehmen. Sie bedrohen ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in unserem Land.

*Bildung ist eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Die Bundesregierung hat ihre Politik konsequent an diesem Grundsatz ausgerichtet und ihre Bildungsausgaben zwischen 2005 und 2012 um fast 70 % gesteigert – von 4,3 Mrd. Euro auf 7,3 Mrd. Euro. Auch in Wirtschaft und Gesellschaft wächst das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung. Das zeigt sich z.B. beim **Deutschlandstipendium**. Im Rahmen des Programms **Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung**, in das das BMBF in den kommenden fünf Jahren bis zu 230 Mio. Euro investiert, entwickeln Vereine, Stiftungen und bürgerschaftliche Einrichtungen außerschulische Bildungsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Wir sind auf einem guten Weg zur Bildungsrepublik. Die Bundesregierung arbeitet konsequent daran, Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren zusätzlich mehr als 13 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investiert.*

Nach der nationalen Abgrenzung der Bildungsausgaben (sie umfasst zusätzlich zu den OECD-Kriterien - sie fordern Bildungsausgaben in Höhe von 1 Prozent des BIP!- auch Ausgaben für Weiterbildung, Ausgaben für weitere Bildungsangebote wie die Kinderbetreuung in öffentlicher und privater Trägerschaft, Einrichtungen der Jugendarbeit oder Volkshochschulen) belief sich der Anteil der Bildungsausgaben am BIP im Jahr 2010 auf 7,0 Prozent (so die Angabe des Statistisches Bundesamtes). Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Bildungsausgaben auf diesem hohen Niveau fortschreiben.



- e) Befürchten Sie zunehmende Altersarmut, wenn es nicht zu einer solidarisch finanzierten Alterssicherung kommt? (solidarisch finanzierte Alterssicherung?)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt stetig an. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren und die Einwohnerzahl sinkt. Das hat zur Folge, dass immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Menschen sorgen müssen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Aus diesem Grund haben CDU und CSU das System der gesetzlichen Rentenversicherung durch verschiedene Maßnahmen langfristig gesichert und einen zu starken Anstieg der Beiträge für die zukünftigen Beitragszahler verhindert. Dies ist ein Mittelweg zwischen der Belastung der Jungen durch die Beitragssätze und der Leistung der Rentenkasse für die Älteren.

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.

Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung und der privaten wie der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Wir haben sie gestärkt, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen.

Der so genannte Riester-Faktor wurde dieses Jahr letztmalig bei der Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 angewendet. Der Nachhaltigkeitsfaktor hat in den vergangenen Jahren sogar mehrfach rentensteigernd gewirkt, ist aber auf lange Sicht notwendig, um den Generationenvertrag zwischen Jung und Alt auf eine solide und verlässliche Grundlage zu stellen.

Verschiedene Ideen des Modells entsprechen auch den Vorstellungen von CDU und CSU. So wollen wir dafür sorgen, dass sich Lebensleistung, private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnen und durch Freibeträge im Alter erhalten bleiben. Weiterhin sollen auch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, schrittweise verbessert werden. Im Rahmen der Lebensleistungsrente soll die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, in besonderem Maße in der gesetzlichen Rente honoriert werden (s. o. 2.).

Unser ist Ziel ist, dass diejenigen, die jahrzehntelang in den Generationenvertrag eingezahlt und vorgesorgt haben, im Alter eine auskömmliche Rente haben und nicht auf die Grundsicherung mit der damit verbundenen Bedürftigkeitsprüfung angewiesen sind.

Antworten von Michael Vietz, CDU



2. Kurzfragen zum Thema: Umwelt:

- a) Sind Sie dafür, die Energiewende wieder zu beschleunigen und nicht länger auf Atom, Kohle und Fracking zu setzen? (Energiewende wieder beschleunigen?)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

In den letzten Jahren hat die CDU-geführte Bundesregierung die Energiewende eingeleitet, um eine langfristig sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung zu erreichen. Unabhängig von Kernenergie oder fossilen Energieträger. Diesen Weg gilt es weiterzugehen und für stabile Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien zu sorgen.

Im Hinblick auf Fracking müssen Gefahren für Menschen und Trinkwasser ausgeschlossen werden. Sicherheit hat absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien lehne ich ab.

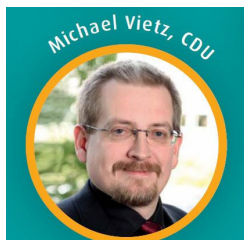
- b) Sind Sie für eine verpflichtende, frühzeitigere und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten? (Mehr wirkliche Bürgerbeteiligung?)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

CDU/CSU haben bereits die frühzeitige Bürgerbeteiligung im Genehmigungsprozess verankert. Sie muss am Anfang großer Infrastrukturmaßnahmen stehen, vor dem Beginn des eigentlichen Genehmigungsverfahrens. Dadurch erfolgt die Beteiligung bereits, bevor Entscheidungen über ein Vorhaben gefallen sind. Schon die Frage, ob überhaupt Bedarf für ein Vorhaben besteht, wird nun mit den Bürgern öffentlich erörtert.

Alternativlösungen müssen im Genehmigungsverfahren geprüft werden. Wichtig ist, dass Engagement und Sachverstand möglichst vieler genutzt werden. Hier liegt die Chance, Bedenken und mögliche Klagen schon im Vorfeld zu begegnen.



- c) Sind Sie dafür, industrielle Massentierhaltung zu stoppen und Fleischexporte nicht länger zu fördern? (Gegen Massentierhaltung?)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

CDU/CSU stehen für mehr Tierschutz in der Tierhaltung. Damit Gemeinden besser steuern können, hat die Bundesregierung das Baugesetz novelliert. Gemeinden müssen große gewerbliche Ställe nicht mehr genehmigen.

Dagegen fördern wir den Bau besonders tiergerechter Ställe. Auch das Tierschutzgesetz wurde novelliert und verbietet z.B. die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung ab 2018. Wir erhöhen die Mittel für tierartgerechte Weiterentwicklung der Haltungsverfahren.

Auch planen CDU/CSU eine "Transparenzoffensive Tierhaltung", wozu eine verlässliche Tierschutzkennzeichnung gehört. Exporterstattungen wollen wir in der Gemeinsamen Agrarpolitik wie in der internationalen Handelspolitik abschaffen.

- d) Unterstützen Sie die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen auch gegen Bedenken der unmittelbaren Anwohner?

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Die Ausweisung von Vorranggebieten ist wichtig, da ansonsten die Möglichkeit besteht, dass der Bau von Windkraftanlage allein aufgrund des Baurechts reglementiert wird und hierdurch ein viel größere Belastung der Landschaft und der Bürgerinnen und Bürger erfolgt.

Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass mit den unmittelbaren Anwohnern eine gute und enge Kommunikation und hierdurch eine frühzeitige Beteiligung erfolgt, um Bedenken aufzunehmen bzw abzubauen. Ideal wäre, dass hierdurch Vorbehalte abgebaut und Sorgen genommen werden.

Letztendlich ist jedoch eine Entscheidung zu treffen, die das Interesse der gesamten Kommune im Blick hat.

e) Unterstützen Sie die ersten Planüberlegungen für eine Westtangente/-umfahrung Hameln (vierte Weserbrücke)?

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Bislang wurde die Westtangente Hameln nur im Rahmen eines allgemeinen Gutachtens zur Verkehrssituation in Hameln als eine eventuelle Möglichkeit erwähnt, gegen die im Übrigen auch im Hinblick auf mögliche Belastungen der Bürgerinnen und Bürger Bedenken bestehen. So dass selbst in einem frühen Überlegungsprozess die Lasten gegenüber den möglichen Gewinnen deutlich überwiegen.

Überlegungen dürfen und müssen gemacht werden, möglichst auch ergebnisoffen. Über das Ergebnis dieser Überlegungen, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, können wir dann sachkundig und ausgiebig diskutieren.

Erforderlich ist erstmal die Realisierung der Hamelner Südumgehung. Ich sehe keine Basis für in eine Westtangente. Aber ich halte auch wenig von Denkverboten.



Antworten von Michael Vietz, CDU



3. Kurzfragen zum Thema Soziales:

- a) Sind Sie dafür, dass der Staat eine gesetzliche Grundlage schafft, dass alle Verkaufsräume und öffentliche Einrichtungen barrierefrei gestaltet werden müssen. (Gesetzesinitiative Barrierefreiheit)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

CDU und CSU setzen sich für eine umfassende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein. Barrierefreiheit ist Teil der Rechte behinderte Menschen und wesentlicher Inhalt des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei bezieht sich Barrierefreiheit nicht nur auf bauliche Vorhaben und Verkehr, sondern auch auf Barrierefreiheit in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit und Kultur.

Auf der Ebene der Länder gibt es bereits jetzt vereinzelte Regelungen für die Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen in Form von DIN-Normen. Eine bundesgesetzliche Grundlage ist meines Wissens nicht angedacht. Ich stände einer solchen auf der Basis einer Rahmengesetzgebung allerdings diskussionsoffen gegenüber.

Ebenso ist ein Zwang zur Barrierefreiheit in privaten Räumen nicht angedacht. Allerdings sehe ich hier die Privatwirtschaft schon in der Pflicht, mit Blick auf ihre Kundschaft und Beschäftigten eine entsprechende Barrierefreiheit zu schaffen. Das wird in Zukunft nicht nur wegen Menschen mit Behinderung, sondern auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine große Herausforderung.

- b) Sind Sie dafür, eine Reform des Wohngeldgesetzes vorzunehmen, damit als neue Energiekostenkomponente neben Heizkosten auch Stromkosten in Hartz-IV-Haushalten berücksichtigt werden. (Wohngeld mit Stromkosten)

Ja Nein Unentschieden

Bemerkung:

Eines unserer zentralen Anliegen ist bezahlbarer Wohnraum für alle. Der Bund und die öffentlichen Hände kommen hier ihrer sozialen Verantwortung in beträchtlichem Umfang nach. Jahr für Jahr werden rund 17 Mrd. EUR für die Wohnkosten einkommensschwacher Haushalte aufgewendet. Das Wohngeld und die Erstattung der Kosten der Unterkunft im Rahmen der sozialen Grundsicherung sichern die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit geringem Einkommen. Für diese Haushalte sollen verstärkt Belegungsrechte erworben werden.

Um Menschen mit geringem Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern. Wir wollen die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten anpassen und setzen

uns für eine Regelung ein, die für die Zukunft eine Anpassung der Wohngeldleistung an die Entwicklung der Wohnkosten sicherstellt.

Mit dem Mietrechtsänderungsgesetz haben wir den Mieterschutz bei der Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen gestärkt und einen Beitrag zur Dämpfung des Mietpreisanstiegs in Ballungsräumen geleistet. Den Ländern soll zudem nach dem schon bestehenden Mechanismus die Möglichkeit gegeben werden, lokal differenziert in besonders angespannten Wohnlagen wie in Universitätsstädten, eine Mietpreisbremse auch bei Wiedervermietungen einzuräumen.

- c) Sind Sie dafür, dass sich Pflegesätze, Entgelte und Preise an der geforderten Qualität im Pflegebereich orientieren. (Erhöhung Pflegesätze/-entgelte)

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die von CDU und CSU als eigenständige Säule der gesetzlichen Sozialversicherung eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung und zur Entbürokratisierung haben CDU/CSU im Pflegeordnungsgesetz bereits folgende Maßnahmen ergriffen:

- Die Einkommensprüfung im Zusammenhang mit der Beantragung auf Gewährung wohnumfeldverbessernder Maßnahmen wurde abgeschafft.*
- Die Rahmenfrist für die Anerkennung als verantwortliche Fachkraft wurde einheitlich auf acht Jahre verlängert. Diese Maßnahme dient der Erleichterung des Wiedereinstiegs, zum Beispiel nach familienbedingter Unterbrechung, in den Beruf.*
- Die Verpflichtung zugelassener Pflegeeinrichtungen zur Zahlung der ortsüblichen Vergütung wurde auf die Fälle begrenzt, in denen keine Mindestlohnregelung gilt.*
- Das Qualitätssicherungsrecht wurde dahingehend modifiziert, dass Ausnahmen vom Grundsatz der unangemeldeten Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung für den ambulanten Bereich eingeführt wurden.*
- Es wurde die Möglichkeit für einen Modellversuch zur besseren Verzahnung der Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und der Heimaufsicht eröffnet.*

Wir wollen, dass die Interessen der Betroffenen in Fragen der Begutachtung, Qualitätsentwicklung und der Transparenz von Qualitätsergebnissen stärker berücksichtigt werden. Deshalb haben wir im Pflegeausrichtungsgesetz Maßnahmen ergriffen, mit denen wir die Beteiligung der Betroffenen ausbauen und die Arbeit des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung transparenter gestalten können. Neben dem Medizinischen Dienst können die Pflegekassen auch andere Gutachter mit der Prüfung der Pflegebedürftigkeit beauftragen. Die Versicherten haben einen Anspruch darauf, das Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit zu erhalten.

Um eine größtmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, müssen die Pflegeberufe weiterentwickelt und attraktiver werden. Dazu gehört zunächst eine tarifgerechte Bezahlung, die auch bei der Aushandlung der Pflegesätze zu Grunde gelegt werden muss. Gute Pflegefachkräfte können nur durch eine gute Entlohnung und attraktive Arbeitsbedingungen gewonnen werden. Darüber hinaus bedarf es einer Reform der Ausbildung in der Pflege.